

Tsunami von 2004 im Bundesstaat Tamil Nadu ihre Standfestigkeit bereits bewiesen. Jedoch würden die Geschehnisse in Japan sehr genau verfolgt, im indischen Kontext betrachtet und die Sicherheitsvorkehrungen gegebenenfalls verstärkt. Dazu haben sich auch S.K. Jain, Vorsitzender des Verwaltungsrates von NPCIL und Baldev Raj, Direktor des *Indira Gandhi Centre for Atomic Research* (IGCAR), in einer Pressekonferenz am 17. März 2011 öffentlich verpflichtet.

Die *National Alliance of Anti-Nuclear Movements* (NAAM) warnt vor einer Verharmlosung der Sicherheitsfrage in Indien. Mit Blick auf den im Jahr 2008 geschlossenen „Indo-US Nuclear Deal“ und der zu erwartenden Erweiterung der Atomkapazitäten müssten die Risiko- und Sicherheitsbestimmungen strengeren Regeln unterworfen werden. Weder den Massenmedien noch den Anti-Nuklear-NGO könne nach dem Atomunglück in Japan eine Übertreibung der Risiken gegenüber der Nuklearenergie vorgewor-

fen werden, sagte SD Udayakumar von NAAM. Es wird befürchtet, dass sich die mediale Aufmerksamkeit gegenüber den Risiken weiter abwendet, sobald die Katastrophe in Japan überstanden ist.

ÖFFENTLICHE REAKTION UND PROTESTE

Bereits vor dem Atomunglück in Japan gab es Proteste in verschiedenen Teilen Indiens (Maharashtra im Dezember 2009 und im Januar 2010) gegen das Jaitapur-Projekt in Maharashtra und die Atomkraftanlage in Haripur, die sich jüngst verstärken. Hauptgründe sind Angst vor den Auswirkungen von Erdbeben, radioaktiver Strahlung, radioaktivem Müll und negativen Auswirkungen auf die Umwelt. Auch die Verstaatlichung von Landstrichen, die für den Bau notwendig wurden, rief große Proteste vor dem Hintergrund unfreiwilliger Enteignungen hervor. Umweltaktivisten behaupten, Jaitapur sei ähnlich erdbebengefährdet wie Japan.

KOREA

Dr. Colin Dürkop | KAS-Auslandsbüro, Seoul

OFFIZIELLE UND INOFFIZIELLE PERZEPTIONEN DES JAPANISCHEN ATOMUNGLÜCKS IN KOREA

Exkurs: In Südkorea gibt es vier Nuklearkraftwerke mit 21 Reaktoren, die sich in ländlichen Gebieten im Süden des Landes befinden – alle an der Küste vergleichbar dem AKW Fukushima. Sie decken mit 127 Terawatt (TW) pro Stunde etwa ein Drittel des Strombedarfs ab. Südkorea ist weitgehend erdbebenfrei. Dennoch ist die Öffentlichkeit seit dem nuklearen Unfall in Japan in einem zunehmenden Maß sensibilisiert und beunruhigt. Die Zahl der aktiven Atomkraftwerkgegner hält sich aber in Grenzen, da die hohen Kosten eines Umstiegs auf andere Energieträger befürchtet werden.

Präsident Lee hat am 16. März eine umfassende Sicherheitsüberprüfung sämtlicher Nuklearreaktoren in Korea angeordnet. Er entsendete seinen Minister für Technologie und Wissenschaft mit einer Abordnung von Nuklearwissenschaftlern zu einer der Atomkraftwerke zu einer Sonderinspektion – dies sicherlich auch als symbolhaftes Zeichen, dass sich die Regierung aktiv um die Betriebssicherheit und Sicherung der Reaktoren kümmert.

Insbesondere soll jetzt die Anfälligkeit der Kernkraftwerke auf Tsunamis überprüft werden, wie das Koreanische Institut für Reaktorsicherheit mitteilte. Dies sei nach der Katastrophe von Fukushima angesagt.

Offensichtlich ist im Moment auch angesichts der japanischen Nuklearkrise noch an keine Abkehr von einer generellen Atompolitik gedacht. Zu sehr hängt der Energiebedarf Südkoreas von der Atomenergie ab. Der Bau von weiteren sieben Nuklearreaktoren bis zum Jahr 2016 ist bereits in der Planung. Angeblich sollen sie eine Erdbebenstärke von bis zu 7,5 der Richterskala aushalten und seien vergleichsweise sicherer als die japanischen Kernkraftwerke – aber ob sie auch anderen Risikofaktoren wie z.B. einer Tsunamiwelle vergleichbar der von Fukushima standhalten würden, bleibt zurzeit unbeantwortet.

Außerdem gehört die Ausfuhr nuklearer Technologie zu den Exportschwerpunkten von Südkorea. Japan und Südkorea hatten zur *nuclear power renaissance* wesentlich beigetragen. So wurde z.B. 2009 ein Abkommen im Wert von zwanzig Milliarden US-Dollar zur Lieferung von Atomkraftanlagen zwischen Südkorea und den Vereinigten Emiraten abgeschlossen.

An dieser Strategie will das Land weiter festhalten, da koreanische AKW als besonders sicher gelten.

Allerdings regt sich der Widerstand unter der südkoreanischen Bevölkerung der betroffenen Gebiete, die zunehmend von Umweltgruppen aufgegriffen wird. So hat beispielsweise der Leiter der *Energy Justice Actions* angekündigt, dass sein Verein seine Kampagne gegen die Nuklearenergienutzung in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft und Anwohnern intensivieren wird.

KIM Han Gi von der zweitgrößten Nicht-Regierungsorganisation (NRO) des Landes *Citizens Coalition for Economic Justice* (CCEJ) – die auch zu den Kooperationspartnern der KAS zählt – nimmt im Moment noch eine abwartende Haltung ein. Er verweist auf diejenigen NRO, die die Politik und Maßnahmen der Regierung überwachen und kritisieren. Insbesondere beschäftigt sich KFEM (*Korea Federation for Environmental Movements*) mit Umweltproblemen. Mit Blick auf die japanische Nuklearkrise kritisiert KFEM, dass auf den Webseiten der Regierungsorganisationen konkrete Hinweise auf die radioaktive Belastung und Notpläne fehlen. Außerdem soll es landesweit nur 21 Kliniken (meist in unmittelbarer Nähe der AKW) in Südkorea geben, die fähig sind, Patienten adäquat zu behandeln. Die medizinische Versorgung für den Notfall (z.B. mit Kaliumjodid) sei völlig unzureichend. Auch die mangelhafte Informationspolitik der Regierung wird kritisiert.

Die Betroffenheit und Emotionalität infolge der Katastrophe kommt auch bei der Bevölkerung in Südkorea in vielfältiger Weise zum Tragen: So hat etwa der Verband der überlebenden koreanischen Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki in Solidarität mit den Opfern der japanischen Erdbeben- und Tsunami-katastrophe bereits eine Spendenaktion gestartet. Zahlreiche andere NRO sammeln ebenfalls Spenden ein und schicken Hilfsgüter und Unterstützungskräfte nach Japan. (u.a. *The Beautiful Foundation* und *Good Neighbours*).

Selbst die noch wenigen überlebenden „Trostrfrauen“ (Zwangsprostituierte während der japanischen Okkupation) legten während ihrer wöchentlichen Protestversammlungen vor der japanischen Botschaft eine Schweigeminute ein und beteten für die japanischen Opfer.

Der japanische Botschafter glaubt, dass sich das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach der Unterstützung und Anteilnahme der Regierung und Bevölkerung aus Korea nachhaltig intensivieren wird. Die südkoreanische Regierung hatte ihre bisher größte Katastrophenhilfsaktion gestartet und u.a. auch 52 Tonnen Boron zur Stabilisierung des japanischen Reaktors geliefert – außerdem zwanzig Tonnen Trinkwasser, Nahrungsmittel und Schutzkleidung. Eine 107-köpfige Rettungsmannschaft wurde entsandt, um die japanische Regierung bei der Vermisstensuche zu unterstützen.

Für die Regierungspartei *Grand National Party* (GNP), die einen Sonderausschuss gebildet hat, gibt es derzeit zur Nuklearenergie als zwingend notwendige, sichere, umweltfreundliche und effiziente Energiequelle für das Land keine realistische Alternative. Um die Beunruhigung in der Bevölkerung zu entschärfen, kündigt die Partei gründliche Sicherheitsüberprüfungen und Vorsorgemaßnahmen gegen Naturkatastrophen an. GNP mahnt die entsprechenden politischen Kreise an, die Verbreitung von haltlosen Gerüchten über die angeblich mangelhafte Reaktorsicherheit sowie Schuldzuweisungen an die Regierung bezüglich ihrer Energiepolitik aufzugeben.

Auch der Sprecher des „Blauen Hauses“ (des Präsidialbüros) hat mehrmals die Sicherheit der koreanischen Nuklearreaktoren beteuert und bestätigt, dass an dem Ziel des Exports von Nuklearreaktoren weiterhin unverändert festgehalten wird.

Aus der größten Oppositionspartei (Demokratische Partei) kommen derweil widersprüchliche Signale. Ihr Vorsitzender Sohn Hak-gyu forderte, dass sich das Land gegen die Gefahr eines radioaktiven Lecks und mögliche wirtschaftliche Schäden wappnen sollte. Er befürwortete den unverzüglichen Einsatz koreanischer Rettungskräfte in Japan. Unterdessen sagte der Fraktionsvorsitzende Park Ji-won, dass Korea vor einem Erdbeben nicht sicher sei. Daher sollten Seoul und Pjöngjang Gipfeltreffen abhalten, um mögliche Schäden durch ein Beben am Baekdu-Berg gemeinsam zu untersuchen.

Andere Parteien betonten, dass der Bau weiterer Atomkraftwerke gestoppt werden sollte. Sicherheitsmaßnahmen und Vorschriften in Korea seien wesentlich niedriger als in Japan, daher sei Korea mindestens genau so anfällig und verwundbar wie Japan.